Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Landtagsabgeordneten Astrid Pany, BEd MA, Mag. Josef Taucher, Jörg Neumayer, MA und Mag. Marcus Schober (SPÖ), Mag.ª Dolores Peneder, BA, Mag. Lukas Burian, Thomas Weber (NEOS) sowie Georg Prack, BA, Mag.ª Berivan Aslan und Jaafar Bambouk, MA, M.A.I.S (GRÜNE)

eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 16.11.2026

Betreffend: Prüfung des Verbots der Identitären Bewegung Österreichs

Wien ist eine Menschenrechtsstadt. Die Stadt hat sich mit der „Deklaration – Wien Stadt der Menschenrechte“ die Förderung von Maßnahmen die Offenheit, Vielfalt und Chancengleichheit verbreitern zum Ziel gesetzt. Deshalb haben in unserer Stadt politische Bewegungen keinen Platz, die Hass, Hetze und gesellschaftliche Spaltung fördern sowie antidemokratisches Gedankengut verbreiten. Wie wir in immer mehr westlich-demokratischen Ländern seit einigen Jahren sehen, sind Freiheit, Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zusammenhalt keine Selbstverständlichkeit, sondern Werte, die immer wieder aufs Neue verteidigt werden müssen. Die Stadt stellt sich daher entschieden gegen alle extremistischen Bewegungen, die dies gefährden.

Die Förderung all dieser Werte setzt bei den Jüngsten in unserer Gesellschaft an. Im Zuge der Adoleszenz, in der Phase des Erwachsenwerdens sind junge Menschen auf Identitätsfindung und haben ein besonderes Bedürfnis nach Zugehörigkeit und sind dadurch auch besonders empfänglich für extremistische Gruppen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie vor antidemokratischen und gesellschaftsspaltenden Tendenzen geschützt werden, weshalb sie so früh wie möglich erlernen und erleben, was Demokratie bedeutet. Umso besorgniserregender sind daher die in den letzten Tagen bekanntgewordenen Fälle der Identitären Bewegung Österreich. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) stuft die Identitären als rechtsextrem ein und klassifiziert sie als durchaus faschistische Organisation. Zum selben Schluss kommt auch der Verfassungsschutz, der sie ebenfalls als rechtsextrem klassifiziert und im Verfassungsschutzbericht 2025 festhält: „Langfristiges Ziel ist es, kulturelle Akzeptanz für rechtsextreme Themen zu schaffen, um damit die bestehende liberale Demokratie schrittweise in eine autoritäre Staatsform umzugestalten.“ (S.33)

Am 9. November 2026, dem Jahrestag des Beginns der Novemberpogrome 1938, und an den Folgetagen fanden vor Wiener Gymnasien in Hietzing, Floridsdorf und Margareten Verteilaktionen mit Flugblättern der Identitären Bewegung Österreichs statt. Der Flyer mit dem Titel „3 Dinge, die dein Lehrer dir nicht erzählt“ führt dabei 3 Bedrohungsszenarien an: „Vielfalt ist keine Stärke, sondern eine Schwäche!“ „Du wirst ärmer sein als deine Eltern!“ „Dein Volk stirbt!“ Diesen entworfenen Bedrohungsszenarien folgt ein Mobilisierungs- und

unmissverständlicher Rekrutierungsabsicht im schulischen Umfeld: „In jeder Schule schlummert ein gewaltiges Potenzial!“ und „Die Zukunft wird rechts! Jugend voran!“

Auf Social Media sind Videos der Verteilaktion zu finden in denen auch angekündigt wird, diese Verteilaktionen an anderen Wiener Schulen fortzusetzen.

Wir in Wien stellen uns jeglicher Form von Extremismus entschieden entgegen. Besonders schützen vor früher Einflussnahme und Radikalisierung müssen wir Kinder und Jugendliche. Damit wir auch in Zukunft eine offene und auf Zusammenhalt ausgerichtete Gesellschaft und resiliente Demokratie sind, die Vielfalt als Chance und Bereicherung empfindet und allen Menschen dieselben Rechte zugesteht.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

Wien steht für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Partizipation und resiliente Demokratie. Wir verteidigen unsere Demokratie gegen jede Form von Extremismus und Fundamentalismus. Gerade Kindern und Jugendliche müssen wir ganz besonders vor früher Indoktrinierung schützen.

Eine resiliente Demokratie setzt ihre Mittel rechtsstaatlich und verhältnismäßig ein. In diesem Sinne ersucht der Wiener Landtag die Bundesregierung, zu prüfen, ob die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot der Identitären Bewegung Österreichs vorliegen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 16. November 2026